

## **Unterrichtung**

**durch die Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde  
– Drucksache 17/13419 –**

### **Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates**

Die Bundesregierung äußert sich zu der Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

#### **Zu Artikel 4 (Inkrafttreten)**

Die Bundesregierung begrüßt, dass der Bundesrat die mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgeschlagenen Änderungen unterstützt. Der Bundesrat bittet, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens ein Inkrafttreten im Laufe des Jahres 2014 zu prüfen.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens soll einerseits gewährleisten, dass den Kommunen ausreichend Zeit für die angemessene Ausstattung der Betreuungsbehörden zur Verfügung steht. Andererseits soll er ausreichend Raum geben, um in Vorbereitung einer umfassenden Evaluation des Vorhabens durch das Bundesministerium der Justiz den Ist-Zustand festzustellen. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass diesen Anliegen auch bei einem Inkrafttreten zum 1. Juli 2014 noch Rechnung getragen werden kann.

